

Achtung für den deutschen Reichstag bei dieser Gelegenheit Ausdruck gegeben. Wir beehren uns, laut einstimmigem Beschluß der Versammlung, für die Glückwünsche besonders zu danken. (Lebhaftes Bravo!) Der Präsident teilt ferner mit, daß er bei Entschließen der Reichstag von dem entscheidenden Augenblick an den Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer ein (ebenfalls schon bekanntes) Beileidstelegramm gerichtet hat. Die Antwort hierauf lautet: „Die rührenden Worte des deutschen Reichstags, welche Sie an die italienische Kammer zu richten die Güte hatten, werden für die schwer geprüften Seelen unseres Volkes von großem Troste sein. Zwei blühende Provinzen, mit die schönsten Italiens, welche durch den Charakter ihrer Bevölkerung und die Reize ihrer Natur auch Ihren erhabenen Kaiser begeistert haben, stehen jetzt nur noch als schreckliche Erinnerungsmale da. Die Gefühle der italienischen Kammer zum Ausdruck bringend, spreche ich Ihnen unsern tiefgefühltesten Dank aus.“ Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten, auf welcher Petitionen stehen.

Eine Reihe der Petitionen wird debattiert nach den Vorschlägen der Kommission erledigt. In einer Petition der Landmesser und Geometer, ihren Verzicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu entziehen, und staatliche Approbation einzuführen, ergriffen das Wort:

Abg. **Vattmann** (Wirtsch. Ptg.) und **Delto** (nat. lib.) zur Begründung eines Antrags, die Petition dem Reichsanwalt zur Verurteilung zu überweisen. Dieser Antrag wird angenommen.

Eine Petition des allgemeinen Bergarbeiterverbandes und des Bergbauvereins der Spruamkammer Dortmund bittet um Änderung des Gesetzes über die Berggewerbeverhältnisse. Die Kommission beauftragt die Forderung 3 (Zulassung der Bergung ohne Rücksicht auf den Wert des Streibereichs) als Material zu überweisen, zu den übrigen Forderungen (1, die Befreiung der Berggewerbeverhältnisse mit fünf Personen einschließlich des Vorstehenden, 2, Zulassung der Arbeitersekretäre als Prozessbevollmächtigte, 4, obligatorische Funktion des Berggewerbeverhältnisses als Einigungsamt auf Anrufung der Mehrheit der Unternehmer oder Arbeiter) beauftragt die Kommission Überweisung zur Verurteilung.

Abg. **Sachs** (Soz.) begründet als Berichterstatter den Kommissionsantrag und weist u. a. darauf hin, daß über die Notwendigkeit der Forderung unter 2 in der Kommission Einmütigkeit herrsche.

Abg. **Trimborn** (Zentr.) empfiehlt einen Zentrumsantrag, wonach nur die erste Forderung zur Verurteilung, die andern dagegen als Material überweisen werden sollen.

Abg. **Wehrhans** (Wirtsch. Ptg.) tritt für den Antrag der Kommission ein.

Abg. **Sachs** (Soz.): Die härteste Befreiung der Berggewerbeverhältnisse ist nicht nur ein Wunsch der Dortmunder, sondern aller Bergarbeiter. Wenn der Abg. Trimborn für die Notwendigkeit stärkerer Befreiung anföhrt, daß dies komplizierte Sachen behandelt werden, so sollte er aus diesem Grunde es auch notwendig halten, daß Arbeitersekretäre usw. zugelassen werden müssen. Auch wir wollen keine Winkeladvokaten züchten, aber auf die Arbeitersekretäre hat das gar keinen Bezug. Sie haben kein Interesse daran, daß möglichst viele Klagen erhoben werden. Wir verlangen kein Privileg für die Arbeiter, wie Abg. Trimborn meint, sondern nur gleiches Recht mit den Industriellen, welche für sich längst Beamte ausgebildet, die sie stets vor den Gewerbeverhältnissen vertreten. Die Firma Krupp z. B. läßt immer ihren Vertreter beim Gewerbeverhältnis vorkommen. Wer weicht man den Arbeitern gleiches Recht, so muß das Verlangen in die Gewerbeverhältnisse schwinden. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Herr Trimborn sollte nicht den Arbeitersünden in die Hände arbeiten, sondern seinen Antrag ausgeben. Er sowohl wie Herr Wehrhans haben sich gegen die Befreiung der Verurteilungsgrenze gewendet. Die Arbeiter haben die Erfahrung gemacht, daß sie beim Landgericht besser zu ihrem Rechte kommen als beim Reichsgericht. Das Ministerium gegen die Vorstehenden der Berggewerbeverhältnisse, welches Herr Trimborn äußerte, ist sehr gerechtfertigt. In Dortmund wurden die Arbeiter als „Kerls“ angebetet und „Lügner“ tituliert. Einen Arbeiter aber wollte der Vorstehende schon bei einem bloßen Mißverständnis wegen eines scharfen Ausdrucks verhaften lassen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ähnliches geschieht in vielen Fällen. Das Ministerium beschränkt sich deshalb nicht auf die freigeordneten Arbeiter, es erstreckt sich bis auf die Inorganisierten. Nicht nur Arbeitersekretäre werden zurückgewiesen, sondern auch einfache Arbeiter durften ihre Kollegen nicht vertreten, obwohl hierbei von Geschäftsmöglichkeit gar keine Rede sein konnte. Die Arbeiter wünschen, daß die Regierung die Vorstehenden zur Unparteilichkeit anhält. (Zustimmung bei den Soz.) Die Arbeitgeber wirken auf ihre Beamten ein, daß sie nicht die Wahrheit auszusagen. Sie finden hierfür ein Beispiel in der verteilten Broschüre des Steigerverbandes. Einem Steiger, der zugunsten eines Arbeiters die Wahrheit auszusagen, wurden von dem Unternehmer nicht nur die Gerichtskosten, sondern auch die dem Arbeiter zugesprochene Entschädigung vom Gehalt zurückbehalten. Nehmen Sie den Antrag Trimborn an und stimmen Sie dem der Kommission zu. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Trimborn** (Zentr.) erklärt nochmals, es sei nicht zulässig, zugunsten der Arbeiter- und Gewerkschaftsbeamten ein

„Wenn ich hier fertig bin, ziehen wir nach Paris. Und dort wirst du es leichter haben. Dort werden wir oft zusammen ausgehen. Dort treffen wir vielleicht auch einige Menschen, mit denen wir verkehren können. Dort bin ich weniger beschäftigt und kann über mehr freie Zeit verfügen.“

Sie stieß einen heimlichen Seufzer aus. Er kannte sich selbst so wenig, meinte sie.

Aber Bang dachte an die Bedeutung der Liebe und der Arbeit. Die meisten Menschen erhielten von Gott so wenig, daß sie ihr Leben kaum knapp fristeten. Aber einige erhielten so viel, daß sie sich keinen Rat wußten. Während die meisten die Brocken abknabberten, erhielten andre so große Scheiben, daß sie den Mund aufreißen mußten. Die Arbeit grassierte bei ihm Tag und Nacht ohne Aufhören, wie eine schwere Leidenschaft, die nicht zur Ruhe kam. Und er liebte seine Frau. Aber er konnte beide nicht gleichzeitig genießen.

Der Gedanke an die Furcht, die er zwischen Lauras Augen gewahrt hatte, schmerzte ihn so sehr. Und er sah die Vorläge, daß er sie künftighin nicht über der Arbeit vernachlässigen wolle.

Während seiner Konvaleszenz erschienen ihr die Tage hell und kurz. Sie konnte sich nicht erinnern, seit ihrer Abreise aus der Heimat mit ihm so lichte Zeiten verbracht zu haben.

Als er wieder gesund war und ernstlich die Arbeit aufnahm, wurde es ihnen eines Tages zur Gewißheit, daß Laura ein Kind bekomme. In ihre beiderseitige Freude schlich sich ein Gedanke, den sie sich nicht anvertrauten. Das Kind würde Laura nicht länger unter der Einsamkeit leiden lassen, die sie seiner eifrigen Arbeit zuschob. So dachte er. — Jetzt würde Henrik mehr ihr, als seiner Arbeit gehören. So dachte sie.

So reisten sie nach Paris, wo sie die zwei letzten Jahre ihres vierjährigen Auslandsaufenthaltes verbringen sollten.

(Fortsetzung folgt)

Vertretungsbefähigung zu schaffen. Man müsse dann auch Vertreter der Unternehmervereinigungen zulassen. (Zurufe bei den Soz.: Beschließt ja auch Zustimmung rechts und im Zentrum.) Hiermit schließt die Diskussion.

Am Schlußwort weist

Abg. **Sachs** (Soz.) darauf hin, daß die Einwände Trimborns bereits in der Kommission widerlegt wurden. Die Arbeitersekretäre aller Richtungen werden seinen Vorschlägen wohl kaum zustimmen. (Zustimmung bei den Soz.) Medner bittet um Annahme des Kommissionsantrages.

In persönlichen Bemerkungen erklären

Abg. **Trimborn** (Zentr.), daß seine Angriffe nicht der Kommission, sondern dem Berichterstatter galten, und

Abg. **Sachs** (Soz.), daß er den Vortrag zurückweisen müsse, als ob seine Berichterstatter sich nicht mit der Auffassung der Kommissionsmehrheit decke.

Hierauf wird die erste Forderung, Befreiung der Gerichte mit fünf Personen, fast einstimmig angenommen. Für die zweite, Zulassung von Arbeitersekretären, erhebt sich zunächst die große Mehrheit, namentlich das Zentrum einschließlich des Abg. Trimborn.

Vizepräsident **Dr. Baasche** konstatiert, daß die Mehrheit steht, nimmt aber an, da auch Herr Trimborn sich gegen seinen eigenen Antrag erhoben hat, daß wohl ein Irrtum vorliegt. Ich lasse daher die Abstimmung wiederholen. (Lärm links.)

Zu der erneuten Abstimmung wird der Antrag der Kommission abgelehnt, die Forderung wird nur als Material überweisen.

Die dritte Forderung (Verurteilung ohne Rücksicht auf den Wert des Streibereichs) wird als Material überweisen. Die vierte, obligatorische Einigungsamt, auf Antrag Trimborn ebenfalls.

Abg. **Singer** (Soz., zur Geschäftsordnung) beanstandet die Wiederholung der Abstimmung, nachdem das Bureau bereits das Resultat konstatiert hatte. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Vizepräsident **Dr. Baasche** erklärt, daß er nur seine Pflicht getan habe und loyal vorgegangen sei. (Beifall bei den Nat.-Lib. und im Zentrum.)

Eine Petition betr. Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Gaswerksgehilfen wird unter Ablehnung eines Antrags **Abg. Singer** (Soz.) auf Überweisung zur Verurteilung nach dem Kommissionsantrag als Material überweisen.

Eine Petition betr. Anstellung von Bankkontrollleuten aus dem Arbeiterstande, beauftragt die Kommission, zur Verurteilung zu überweisen.

Abg. **Wiesberg** (Zentr.) befürwortet den Antrag. Die Mangelhaftigkeit der Baukontrolle begründet, die heute von den Verurteilungsgenossenchaften ausgeübt wird. Der Wunsch der Bauarbeiter sei daher berechtigt.

Abg. **Baasche** (Nat.-Lib.) befürwortet einen Antrag der Konserativen auf Überweisung zur Tagesordnung. Die Verurteilungsgenossenchaften kontrollieren in sorgfältiger und gewissenhafter Weise. (Widerspruch v. d. Soz.) Die Vorschriften selbst sind zweckmäßig und gut. Wenn trotzdem Unfälle häufig sind, so sind nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter daran schuld, welche die Vorschriften außer acht lassen. Außerdem haben wir die Baupolizei noch zur Kontrolle. Von sozialdemokratischer Seite will man die Bankkontrollleute zu agitatorischen Zwecken haben. Darunter muß das Baugewerbe erheblich leiden, und der Mittelstand wird schwer geschädigt. Das müge sich das Zentrum merken. (Bravo!)

Das Haus verlag sich auf Mittwoch 1 Uhr.

Präsident **Grav Stolberg** schlägt vor, auf die Tagesordnung zu setzen: Rechnungswejen, Entwurf des Wechselstempelsteuergesetzes, Entwurf betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf die bürgerlichen Ehrenrechte.

Abg. **Singer** (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Einige Petitionen liegen seit zwei Jahren vor. Wenn wir nicht zunächst die heutige Tagesordnung erledigen, so wird die Erledigung in dieser Session unwahrscheinlich. (Sehr richtig! v. d. Soz.)

Die Abstimmung über den Antrag **Singer** erfolgt dem Bureau zweifelsfrei und erfolgt daher durch Hammerstimmung, welcher die Beschlußfähigkeit des Hauses ergibt. Die Festsetzung der Tagesordnung geschieht daher durch den Präsidenten, der bei seinem Vorschlage verbleibt.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Erdbeben in Calabrien und Sizilien.

### Die Erdbeben.

Die Erdbeben dauern an, ohne indes die Bevölkerung, die jetzt an die Erdschütterungen gewöhnt ist, in Schrecken zu versetzen. Die städtischen Zivilstandsregister sind vernichtet; aber es sind Duplikate aller Register auf dem Gericht vorhanden, die unverfehrt zu sein scheinen.

Rom, 13. Januar. Ein heftiger Erdstoß bei Monteleone brachte das Haus eines Rechtsanwalts zum Einsturz, wobei fünf Personen ihren Tod fanden.

### Die Diskussion.

Berlin, 12. Januar. Das deutsche Hilfskomitee teilt mit, daß die gesamte deutsche Hilfsfähigkeit sich bis jetzt auf etwa 2 1/2 Millionen Lire beläuft.

### Ein dreijähriges Mädchen gerettet.

Reggio (Calabrien), 12. Januar. Heute mittag gelang es einem Infanterie-Kontrakt und zwei Feuerwehrmännern, ein dreijähriges Mädchen lebend aus den Trümmern herbeizuziehen.

### Messinas Zukunft

Messina, 12. Januar. Die Überlebenden der Erdbebenkatastrophe sind bemüht, den Handel wieder aufleben zu lassen. Gestern wurden von den Kais die Trümmer weggeschafft. Wagen und Misthaufen verkehren wieder. Das Haus **Cesanello Sorrentino** beschränkte auf dem Wasserwege 80 000 Ästen Zitronen. Andre Handelstreibende verfahren ebenso mit verschiedenen Waren. Man wünscht vor allem, daß der Hafen von Messina wieder hergestellt, wie er vor dem Erdbeben gewesen ist.

Handel und Wandel nehmen in der zertrümmerten Stadt bereits wieder deutlich zu. Die Ausfuhr von Zitronen und Apfelsinen ist wieder im Gange. Auf den Straßen halten fliegende Händler Milch, Grünzeug und andre Lebensmittel feil. Selbst Verkaufsläden wurden provisorisch eingerichtet. An mehreren Stellen sind inmitten der Trümmer Speiseanstalten für das Publikum geöffnet.

Rom, 13. Januar. Sobald der öffentliche Verwaltungsdienst in Messina reorganisiert ist, wird ein Zivilkommissar an die Stelle des bisherigen Kommandanten ernannt werden.

## Gewerkschaftsbewegung.

Die Brauerproben in München als Hungerkühnzahl. Im Kindkeller tagte kürzlich eine Versammlung der Brauerarbeiter Münchens, um sich mit den Tarifverhandlungen zu beschäftigen, die neun Tage lang unter Ausschluß der Öffentlichkeit, und zwar war dies von den Brauerproben zur Bedingung gemacht worden, vor dem dortigen Gewerbeverhältnis wurden. Die Verhandlungen interessierten weniger durch das, was dabei herausgekommen ist, oder vielmehr nicht herausgekommen ist, als durch das Material über Arbeitslöhne usw. So zählt die feinstreife Löwenbrauerei den Hilfsarbeitern

Wochenlöhne von 12 und 15 Mk. Daß sie bei solchen Hungerlöhnen 20 Prozent Dividende zahlen kann, nimmt daher nicht wunder. In der Versammlung wurde das Material über die miserablen Arbeitsverhältnisse in den Münchner Brauereien durch die Diskussionsredner ergänzt.

Der Direktor von der Löwenbrauerei hatte erklärt, daß seine Brauerei keine Stundenlöhne von 50 und 60 Pfg. zahlen könne. Danach kann man den sozialen Sinn dieser Brauerproben ermessen. Es hat die Vertreter der Arbeiter die größte Liebelindung gefolgt, mit solch harigefoltenen Kapitalisten neun Tage zu verhandeln, um ihnen nur einige Zugeständnisse abzurufen. Zum Heberisch erklärte der Brauerarbeiter auch noch, daß, wenn die Arbeiter diese Zugeständnisse nicht ohne weiteres annehmen, die Unternehmer sie wieder zurückzögen.

Die Vertreter der Arbeiterverbände appellierten an die Versammlung, doch das Erzeugnisse vorläufig anzunehmen; diese stimmte dann folgender Resolution zu:

„Die Versammlung bedauert das geringe Entgegenkommen der Brauerarbeiter in den wichtigsten Punkten der Forderungen der Brauerarbeiter. Sie lehnt den als Ergebnis der langwierigen Verhandlungen vorliegenden Tarifvertrag ab, weil er in keiner Weise den Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung trägt und trotz der technisch vollendeten Münchner Betriebe Zustände aufrecht erhalten will, die von den weitans größten Brauereien bereits beseitigt sind. Die Versammlung erklärt sich mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden, daß den Unternehmern erneute Vorschläge gemacht werden, durch welche unter Berücksichtigung der dringenden Bedürfnisse der Arbeiter noch einmal der Versuch gemacht werden soll, die Grundlage zu einer Verständigung zu finden. Sollte wider Erwarten eine Einigung unmöglich sein, so verpflichten sich die versammelten Brauerarbeiter, den Weisungen der Organisationsleiter unbedingt Folge zu leisten.“

Die Brauerarbeiter von Süddeutschland hatten am Samstagabend in München eine Sitzung. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird dieses Schweigen beobachtet. — Anzahl von Travern nach München ist zu meiden.

### Nachrichten des Streiks in den Streikbetrieben.

Zu den Differenzen unter den Metallarbeitern in Mannheim wird folgendes berichtet:

In Mannheim und Ludwigshafen ist es zwischen den Mitgliedern und der Leitung des Metallarbeiterverbandes zu scharfen Differenzen gekommen wegen der, nach Ansicht der Streikenden, unberechtigten Beendigung des Streiks in den Streikbetrieben. Am Sonntag fanden in Mannheim und Ludwigshafen Versammlungen der Metallarbeiter statt, die von der Ortsverwaltung einberufen waren, sich also als Mitbestimmungsversammlungen darstellten. In beiden Versammlungen kam die Unzufriedenheit mit der Beendigung des Streiks sehr heftig zum Ausdruck. Man war der Meinung, daß man es auf das Schlimmste hätte ankommen lassen sollen, selbst wenn man unterlegen wäre. Denn wenn die Androhung einer Aussperrung zum Nachgeben der Arbeiter führe, so hätte das Unternehmertum jederzeit ein Mittel in der Hand, jeden Streik zu erdrosseln. Die schärfste Kritik erfuhr jedoch die Art und Weise, wie der Streik beendet wurde. Die in Mannheim angenommene Resolution bezeichnet die Beendigung des Kampfes als ein standhaftes Eingreifen in das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, als einen Verstoß gegen das Verbandsstatut und als eine Mißachtung der Vertrauensleute und der Ortsverwaltung, weil sie in dieser ersten Sache vollständig übergegangen wurden. Ueber die Kündigung des langjährigen Ortschamens, Genossen **Christian Schneider**, sagt die Resolution, daß sie erfolgen mußte, weil die Versammlung zu den in Betracht kommenden Jahren kein Vertrauen mehr habe. Die Versammlung bedauert, daß sie kein Mittel in der Hand habe, in derselben Weise gegen den Bezirksleiter **Karl Wölger** und gegen das Mitglied des Hauptvorstandes **Karl Wölger** vorgehen zu können. Sie erwartet aber, daß die Mitglieder bald in einer Bezirkskonferenz zu dieser Sache Stellung nehmen können und nimmt ferner in Aussicht, auf die demnächst in Hamburg stattfindende Generalversammlung nur solche Vertreter zu entsenden, die willens sind, solche Auswüchse ernsthaft zu bekämpfen.

Neben diesen, von den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes abgehaltenen Versammlungen haben sich die Lokalkomitees die Gelegenheit nicht entgehen lassen, in mehreren Versammlungen und in einigen Flugblättern die bedauerlichen Vorkommnisse für ihre Zwecke aufzuschreiben.

### Ein Streikfördererermittlungsbureau

ist der Internationale Arbeitsnachweis von **Fr. M. W. Müller** in **Wandsbeck** bei Hamburg. In einem Memorexkular der Firma wird hervorgehoben: Das Institut steht vollständig bei nationalem Boden, und werden keine Leute vermittelt, die einem sozialdemokratischen Verbände angehören. Im Jahre 1907 ist ca. 6000 Nichtverhandlenden Arbeit vermittelt worden. In den Referenzen bestätigt die **Weser-Dampfschiffahrtsgesellschaft** in Hamburg, daß der Internationale Arbeitsnachweis ihr, während der Streikzeit, Maschinenisten und Deckleute vermittelt habe. Die Generalstelle des Vereins **Hamburger Weber** beschließt die Befreiung von ca. 1000 Leuten, während des **Seemannsstreikes**. Auch der **Wandsbeker Lederfabrik K. G.** sind „gelegentlich eines Streikes“ Leute vermittelt worden, bezüglichen der Firma **Koch u. Rassebaum G. m. b. H.**, **Eisengießerei** und **Maschinenfabrik in Hannover-List** und der Firma **Haver Pflastersteinbrüche G. m. b. H.** in **Langelehmen**. Letztere Firma schreibt wörtlich: „Wie stehen sie (die Streikförderer) sich von den Streikenden weber durch Drohungen noch durch List abzuleben, was andre, vorher von uns bezogene Leute taten. Jedenfalls sind die Leute als Streikförderer gut zu verwenden.“

Es muß eine ganz besondere Klasse sein, die der **Wandsbeker Internationale Arbeitsnachweis** vermittelt.

### Die Versicherungsgesellschaft Viktoria und die Gewerkschaften.

Die Versicherungsgesellschaft **Viktoria** in Berlin hat es bekanntlich abgelehnt, wegen Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten mit dem gewerkschaftlichen Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen zu verhandeln, weil sie keine Einmischung fremder Elemente wolle. Mit diesen gewerkschaftlichen Verbänden der **Viktoria** haben sich in letzter Zeit verschiedene Gewerkschaftsvertreter beschäftigt, und der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen veranstaltet in allen größeren Orten Versammlungen, in denen bisher gewöhnlich nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis davon, daß die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse bei der Versicherungsgesellschaft **Viktoria** in Berlin durchaus verbesserungsbedürftig sind. Gehälter von 100 Mark und darunter für Angestellte, die schon länger bei der Gesellschaft in Arbeit stehen, müssen bei der gegenwärtigen Teuerung der Lebensbedürfnisse als durchaus unzulänglich bezeichnet werden. Die sogenannten Modifabrikationsanstalten der **Viktoria** können um so weniger als ein Ausweg für die geringen Löhne vieler Angestellten angesehen werden, als die Angelegten darauf keinen Rechtsanspruch haben und sie dauernd mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses rechnen müssen.“

Die Versammlung protestiert ferner gegen das gewerkschaftsfeindliche Verhalten der **Viktoria**, das darin zum Ausdruck kommt, daß sie die Vertretung der von den Angestellten geäußerten Wünsche durch den Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen als eine Einmischung fremder Elemente zurückweist, obwohl sie früher wiederholt mit diesem Verband verhandelt hat.